



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/201

27. Dezember 1949

Im Rahmen unserer Neujahrs-Aussendung veröffentlichen wir nachstehend einen Beitrag vom ersten Vorsitzenden der SPD, Dr. Kurt Schumacher.

Welches Deutschland ?

Ein neues Deutschland wird errichtet. Ein neues Europa soll errichtet werden.

Ohne dieses neue Deutschland kann es kein neues Europa geben. Aber Europa ist ein Torso. Der Eiserner Vorhang trennt es von der Elbe

bis zur Adria. Grossbritannien und Skandinavien zeigen gewisse Reserven. Das neue Deutschland aber ist erst recht ein Torso. Die Teilung der Welt, die Spaltung Europas offenbaren sich noch einmal in diesem Lande am nachdrücklichsten, am unversöhnlichsten, am gefährlich-

lichsten.

Die Einigung Europas hätte die Einigung der Welt zur Voraussetzung. Die Einigung Deutschlands bedarf derselben Voraussetzung. Sie

geht über die deutschen Kräfte, weil sie mit den Interessen der stärksten Faktoren der Welt zusammenstößt: Aber der deutsche Wille zur

Einigung des eigenen Volkes muss das stärkste Stück ungeschriebene deutsche Verfassung sein und bleiben. Ein Nachlassen dieses Willens,

ein Abirren von diesem Ziel ist eine Gefährdung nicht nur der deutschen Zukunft, sondern der europäischen Gegenwart, bedeutet die riesige Vergrößerung der schwersten Gefahr, der Gefahr eines sowjetischen Satellitendeutschland.

Die Deutsche Bundesrepublik im Westen ist mit Aufgaben bedacht, denen sie sich nicht entziehen kann. Aber über Wert und Wichtigkeit

dieser Aufgaben gibt es nur wenig Einigkeit bei den stärksten politischen Faktoren unseres Landes. Im Gegensatz zu manch anderen Kräften

im deutschen Volke sieht die Sozialdemokratie die Bundesrepublik als Fundament der deutschen Einheit. Der deutsche Beitrag in diesem Ringen besteht nun darin, den Westen unseres Landes durch alle die Ei-

genschaften anziehend zu machen, davor Osten unter sowjetischer und diktatorischer Herrschaft nicht haben kann. Die grossen Kräfte

der Anziehung aber sind: die staatsbürgerliche Freiheit, die Durchsetzung der parlamentarischen Demokratie. Daran fehlt es in der Deutschen Bundesrepublik, in der die Tendenz zur Autokratie, zum Obrighkeitsstaat und zur Abdrängung des Parlaments aus den verschiedensten

Quellen gespeist wird. Das Parlament muss Gesicht und Linie der Regierung formen. Heute ist es in Gefahr, zu einem Bundestag der Jasag-

zu werden, dessen Mehrheit die Gefolgschaftstreue über die Erörterung der sozialen und nationalen Notwendigkeiten setzt.

Die andere Kraft des Vorbildes und der Anziehung sind die Erfolge um die nationale Freiheit nach aussen. Ihrem innersten Wesen

und ihren Notwendigkeiten nach will die Sozialdemokratie eine internationale Partei sein. Aber um das sein zu dürfen, muss sie die Lebensrechte und die unverzichtbaren Voraussetzungen der Existenz des eigenen Volkes behaupten. Die Nationalisten von gestern und vorgestern

spielen sich jetzt als die Europäer und Völkerversöhner von heute auf. Aber ihr Nationalismus von gestern war nur der Köder für die grosse

so Klasse der Urteillosen. Die nationale Idee wurde verzerrt und braucht zum Schutz des grossen Besitzes. Genauso geborgt und nicht

ernst gemeint ist der Internationalismus der Neueuropäer. Sie sind in jedem Fall dieselben geblieben: das Portemonnaie steht ihnen

höher als das Vaterland. Völker müssen sich einen und versöhnt, und nicht internationale Kartelle gegen die Völker geschaffen werden.

Das, was sich jetzt zwischen Westeuropa und Westdeutschland anbahnt, ist nicht die Idee und Praxis der Völkerverständigung, sondern es ist

das rüde und unehrliche Geschäftsgebarren derselben Kreise, die uns das Dritte Reich beschert; zwei Weltkriege vorbereitet und an ihnen verdient haben.

Die dritte Frage, die zentrale Frage, ist die soziale Frage. Es gibt heute in Deutschland nur eine nationale Leistung und das ist

die soziale Leistung. Hilfe für die Millionen der Hilfsbedürftigen unter eigenen Opfern, das ist die grosse Forderung. Aber um dieses eigene Opfer zu vermeiden, haben die heute in Deutschland regierenden

Kreise keine Anstrengung gescheut und sind dabei zum Teil auch erfolgreich gewesen. Hier helfen keine Verlockungen und keine Versprechungen.

So wenig wie die missbräuchliche Ausnutzung der nationalen Idee oder des Europagedankens den wahren Tatbestand auf die Dauer vernebeln

können, so wenig kann sich der unsoziale Klassengeizismus erfolgreich mit dem Mantel der Freiheit bekleiden. Die soziale Frage ist nicht

mit der sozialen Phrase zu lösen, und die Freiheit besteht nicht in der Unghemtheit der Chance, die Notlage der Mitbürger auszunützen.

Die Sozialdemokratie stellt sich unter Deutschland etwas anderes vor als die Regierung in Bonn. Sie sieht Europa anders als diese

Kreise. Für sie ist die Freiheit etwas grundsätzlich anderes als für die Nutzniesser Jahrzehnte deutscher und menschlicher Unfreiheit.

Soziale Gerechtigkeit ist den demokratischen Sozialisten die Verbesserung der Lebenslage und nicht die Ausnützung der Massen.

Würde in Deutschland jede der kämpfenden Gruppen ehrlich sagen was sie will, der Kampf wäre schon ausgestanden. Der Sinn der sozial-

demokratischen Opposition ist die Zerteilung des Nebels, die klare Erkennbarkeit fester politischer Fronten und Umrisse, der positiven

Setzung eigener Ziele. Die sozialdemokratische Praxis des Jahres 1950 soll hier entscheidende Beiträge liefern. Das deutsche Volk und die

Völker Europas haben die Erfolge der Sozialdemokratie nötig !

"Titoismus" auch in Frankreich

A.F. Paris, Ende Dezember

Seit einigen Wochen ist wieder einmal von einer schweren Krise innerhalb der kommunistischen Partei Frankreichs die Rede. Es be-

steht kein Zweifel, dass gerade bei den individualistischen Franzosen, die ungern nicht verstandene und nicht anerkannte Befehle aus-

führen, der sogenannte Titoismus einen verhältnismässig günstigen Boden findet. Dieser Gefahr gelten augenblicklich die Anstrengun-

gen der kommunistischen Parteileitung. Wie weit das "titoistische Gift" bereits in den Parteikörper eingedrungen ist, kann natürlich

bei der gegebenen Struktur des Apparates nur schwer festgestellt werden. Es ist immerhin überraschend und bezeichnend, dass sich

Jacques Duclos entschlossen hat, im Rahmen der regelmässigen, wöchentlichen Zusammenkunft sämtlicher kommunistischen Parlamentarier

Frankreichs einen Vortrag über das Thema: "Wie man Stalinist ist", zu halten. Darf man daraus schliessen, dass selbst diese Avantgar-

disten über ihre stalinistischen Verpflichtungen nicht mehr ganz im Bilde sind?

Es ist wahrscheinlich verfrüht, heute schon eine Spaltung oder auch nur eine entscheidende Schwächung der kommunistischen Partei

Frankreichs zu erwarten. Gewiss, man stellt ein unbestreitbares Abbröckeln fest, es fehlt nicht an inneren Auseinandersetzungen, Aus-

schlüssen oder Austritten. Besonders in den Reihen der Intellektuellen gibt es zur Zeit ein starkes Erwachen und der intellektuelle

Papst Casanova muss die Hoffnung aufgeben, die Masse der kommunisierenden Schriftsteller, Künstler, Professoren usw. bei der Stan-

ge halten zu können. All das genügt aber nicht, um die weitgehend an die Arbeiterschaft gestützte Partei zu erschüttern. Zu erwarten,

dass Thorez oder Duclos abspringen, wäre unrealistisch, denn beiden fehlt hierfür das Format, ganz abgesehen von ihrer schon zur Tradi-

tion gewordenen Unterordnung unter den Parteiapparat. Allein auf dem Gewerkschaftsflügel wären volkstümliche und unabhängigere Arbeit-

terführer in der Lage, den französischen Kommunismus von seiner

Moskauhörigkeit wenigstens teilweise loszureißen. Bemühungen in dieser Richtung sind im Gange, es fehlt jedoch bis heute jedes Anzeichen dafür, dass sie kurzfristig zu einem Erfolg führen.

Die Kommunisten haben ihre bäuerlichen und kleinbürgerlichen Anhänger verloren, sie verfügen jedoch nach wie vor über das fast uneingeschränkte Vertrauen der Arbeiterschaft. Es mag manchen Arbeiter geben, dem die Politik der Partei nicht gefällt, er mag sich auch von der Zellenarbeit fernhalten, im entscheidenden Augenblick wird er jedoch in den meisten Fällen trotzdem seine Stimme dem kommunistischen Kandidaten geben, weil seiner Meinung nach keine andere Partei wirkungsvoll und vorbehaltlos seine materiellen Interessen verteidigt. Im äussersten Falle führt die Ablehnung der kommunistischen Politik zur Stimmenenthaltung. Trotz gewisser Teilerfolge ist es dem französischen Sozialismus noch nicht gelungen, in das kommunistische Lager einzudringen. Das muss festgestellt werden, um etwaige Illusionen zu vermeiden.

Trotzdem scheint Moskau mit der augenblicklichen Parteileitung sehr unzufrieden zu sein, denn die Parteispitzen in Paris überbieten sich zur Zeit, mit Reden und Artikeln Moskau zu beweisen, dass die französischen Kommunisten nichts unterlassen haben, um den Titoismus zu bekämpfen und die Funktionäre sowie die Massen auf der sogenannten "Parteilinie" zu halten. Die Zukunft wird zeigen, wie weit sich Moskau mit diesem Treuebekenntnis begnügt und ob es bereit ist, auf die schon lange in der Luft liegende Säuberung der Parteispitzen zu verzichten.

Ein Reichstagbrandprozess in der Sowjetzone

.....

In Halle wird zur Zeit, als Auftakt einer Serie, ein Schauprozess vorbereitet. Er richtet sich gegen den ehemaligen Minister für Arbeit

und Sozialfürsorge von Sachsen-Anhalt Dr. Herwegen, und neun weitere Angeklagte, denen schwere "Wirtschaftsvorgehen" vorgeworfen werden.

Dr. Herwegen wird vorgeworfen, 100 Millionen Volksvermögen an "westliche Kapitalisten" verschoben zu haben.

Worum geht es dabei? Die Deutsche Continental-Gas-Gesellschaft (DCGG), deren Sitz bis zur Sequestrierung in Dessau lag, besass An-

lagen zur Verteilung von Gas und Elektrizität und Gasleitungen in ganz Deutschland. Nach der Übernahme in die Verwaltung der Volks-

eigenen Betriebe gaben die Sowjets den Auftrag, über Mittelsmänner mit den westdeutschen Teilen der Gesellschaft in Verbindung zu blei-

ben, um von dort die erforderlichen Leitungen und in der Sowjetzone fehlenden Geräte zu beschaffen. Gegen diese Mittelsmänner wird heute

die Anklage erhoben. Selbstverständlich haben die Sowjets durch ihr lückenloses Kontrollsystem von allen Transaktionen gewusst und wahr-

scheinlich sogar im Interesse von Materiallieferungen aus dem Westen den Auftrag dazu gegeben. Die westdeutsche DCGG jedenfalls hat de-

mentiert, dass ihr weder durch Herwegen, noch einen anderen Angeklagten Wertpapiere oder Gelder in die Hand gespielt wurden. Im

Gegenteil, Dr. Herwegen habe die SMA auf Werte aufmerksam gemacht, die bei der Sequestrierung unberücksichtigt geblieben waren. Die

letztere Beschuldigung deckt sich auch mit der politischen Einstellung Dr. Herwegens, dem in Kreisen seiner CDU-Parteifreunde seine

prosovjatische Haltung vorgeworfen wird und der auch bei der Ausschaltung Jacob Kaisers eine unrühmliche Rolle gespielt hat. Jetzt

hat er sich bei den Sowjets unbeliebt gemacht, als er nach dem Rücktritt des Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Hübener, Ansprüche

auf den Ministerpräsidenten-Posten erhob, für den die Sowjets jedoch den SED-Landesvorsitzenden Werner Bruscke vorgesehen hatten.

Der eigentliche Grund für die Durchführung eines Schauprozesses

gegen Dr. Herwegen liegt in der kommunistischen Absicht, die restlichen nicht kommunistischen Elemente in den bürgerlichen Parteien auszuschalten. So wird den Angeklagten vorgeworfen, sich in "Durchführung ihrer volksfeindlichen und nationalverräterischen Verbrechen mit kosmopolitisch versippten, monopolkapitalistischen Elementen in Westdeutschland verbündet und mit Spionen in ausländischen Diensten konspiriert zu haben". Für diese Vorwürfe aus dem sowjetischen Wörterbuch muss auch die Anklage der Kontrollkommission den Beweis schuldig bleiben. Der in Kürze stattfindende Schauprozess wird das gewünschte Urteil fällen. Bereits heute gibt es "spontane Resolutionen", die das Todesurteil gegen die "Volksverräter" fordern. Allein diese Präjudien stempeln den Prozess gegen Dr. Herwegen zum Reichstagsbrandprozess in sowjetischer Auflage.

Arbeiter ohne Urlaub

sp. Entgegen allen Versprechungen haben bisher erst 4% der Uranbergarbeiter der Wismut-A.G. ihren Urlaub für das laufende Jahr erhalten und auch diese nur die Hälfte des zustehenden Anspruchs. Da keine Möglichkeit mehr besteht, diesen Urlaub im kommenden Jahre zu gewähren, hat der FDGB jetzt den Vorschlag gemacht, den restlichen Urlaub auszubezahlen. Die Leitung der Wismut-A.-G. hat dies abgelehnt, sodass die Belegschaft ihren Urlaubsanspruch schon weitgehend abgeschrieben hat.

Düngemittel nur für Hennecke-Bauern

sp. Auf Anweisung des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft erhalten Bauern der Ostzone nur dann Düngemittel über ihre Genossenschaften, wenn sie das ihnen gestellte Soll um 15% übertreffen. Da der grösste Teil der Bauernschaft nur mit allergrösster Mühe sein Soll erfüllen kann, dürften im kommenden Jahre nur wenige Bauern Düngemittel erhalten, sofern die bisherige Praxis nicht geändert wird. Ertragssteigerungen sind unter diesen Umständen kaum zu erwarten.

- :- -

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt